

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen
am Mittwoch, dem 30. Juni 2010, um 19:30 Uhr in der Stadthalle Gelnhausen,
in der am 01. April 2006 begonnenen Legislaturperiode.

Stadtverordnete:	Hans Adrian Thilo Allwardt Renate Baumann Frank Bayer Gerhard Brune Jürgen Degenhardt Bodo Delhey Claudia Dorn Walter Dreßbach Doris Gehron Daniel Glöckner, stlv. Stadtverordnetenvorsteher Elfriede Günther Jürgen Herms Jürgen Hilb Heinz Klauser Jörg Lehnert Christian Letmathe David Lupton Hagen Mootz Gabriele Petrasch Norman Peetz Brigitte Piechotta Kurt Pitz Rüdiger Rein Volker Rode Margot Schäfer Rotraud Schäfer, stlv. Stadtverordnetenvorsteherin Walter Schindler Sylvia Schmidt-Hermann Petra Schott-Pfeifer Karlheinz Stadler Herbert Vetter Doris-Maria Viel, Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Voigt Sigrun Weigand
Entschuldigt:	Ewald Desch Dieter Mosch
Magistrat:	Bürgermeister Thorsten Stolz Eugen Glöckner Manfred Hendel Pia Horst Josef Johann Rolf Kunert Günther Rams Frank Rompel Ludwig Sinsel Hans-Dietrich Ullrich Gert Wüstenhagen
Entschuldigt:	Karl Franz Michael Frischkorn Bernd Krempel
Schriftführerin:	Dagmar Petersein

Stadtverordnetenvorsteherin Viel eröffnet um ca. 19:40 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Zu dem Protokoll vom Mittwoch, dem 26.05.2010 liegen keine Einwendungen vor. Es gilt deshalb als genehmigt.

Zur Tagesordnung:

Die CDU-Fraktion legt einen Antrag als Dringlichkeitsantrag „Ausweisung eines Sperrgebietes“ vor. Stadtverordneter Dr. Lupton erläutert den Antrag.

Gemäß § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann die Stadtverordnetenversammlung beschließen, die Tagesordnung um Angelegenheiten zu erweitern, die nicht auf der Einladung verzeichnet waren, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder zustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt darüber abstimmen, ob der Antrag auf die Tagesordnung kommt und an welche Stelle.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Antrag wird auf die Tagesordnung genommen als TOP 7.1. Die weiteren Anträge der CDU-Fraktion verschieben sich jeweils um eins nach hinten.

Zu TOP 3 „Housing Area - Grundsatzbeschluss zur Vermarktung“ liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor.

Es liegen Ergänzungsanträge der Fraktion „Die Linke“ zu TOP 7.2 (alt 7.1) und 7.4 (alt 7.3) vor.

Zu TOP 4 „Zweckverband Hallenschwimmbad“ legt die Verwaltung eine Tischvorlage vor. Sie wird als TOP 4 a auf die Tagesordnung genommen.

Tagesordnung

1. Bericht des Magistrates

Bürgermeister Stolz legt den Bericht aus dem Magistrat vor und berichtet über weitere Themen.

Teil I

2. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

Ankauf eines bebauten Grundstückes

hier: Beauftragung an SEG

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

28	Ja-Stimmen
7	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) wird mit dem Ankauf des bebauten Grundstückes, Gemarkung Gelnhäuser, Flur 4, Flurstück 240/3, Freigerichter Str. 1-3, 1.633 m², von Herrn Atila Karakaya, Soderstr.39, 64287 Darmstadt, zum Preis von 220.000,00 Euro beauftragt.

Teil II

3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

Hier: Housing Area - Grundsatzbeschluss zur Vermarktung

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor.

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss und teilt die dort beschlossenen Ergänzungen mit. Es folgen Wortmeldungen von Bürgermeister Stolz, der Stadtverordneten Herms (erläutert den geänderten Änderungsantrag), Rein, Pitz, Letmathe, Bürgermeister Stolz, Letmathe, Glöckner, Dr. Lehnert und Dreßbach.

Der geänderte Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Die Abstimmung über die geänderte Vorlage ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig, bei einer Stimmenthaltung -

Beschluss:

1. Die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) wird mit der Ausschreibung der Flächen der „Housing Area“ in der Frankfurter Straße beauftragt. Die Ausschreibung erfolgt nach dem Biet-/Bieterverfahren.
2. Der Mindestverkaufspreis beträgt 4,2 Mio. €.
3. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.05.2010 Punkt 6 wird aufgehoben.
4. Im Rahmen der Änderung bzw. Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP) ist für das gesamte Stadtgebiet ein Stadtentwicklungsplan (SEP) - vorerst Grundversion - aufzustellen. Er dient als Grundlage für den FNP.

Die Ziffern 1. bis 3. bleiben unverändert. Der Text Ziffer 4. wird wie folgt ergänzt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Fraktionen einen Stadtentwicklungsplan (SEP) für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten. Dieser entsteht unabhängig vom Verkauf der „Housing Area“.
2. Im Vorfeld sollen der Bauausschuss zusammen mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung in gemeinsamer Arbeit die bereits vorhandenen Grundlagen sichten und die von den Fraktionen vorzugebenden sachbezogenen Grundüberlegungen erarbeiten. Danach kann Art und Umfang der in Fremdarbeit zu erarbeitenden Planungen festgelegt werden. Also, wir wollen erst sehen was es schon gibt, dann überlegen was wir wollen und dann entscheiden, was wir noch brauchen.
3. Als Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung ein mehrheits- und entscheidungsfähiges Konzept für einen Stadtentwicklungsplan vorgelegt werden, das dann vom Magistrat umzusetzen ist.
4. Eine politische Willensbildung in beiden Ausschüssen muss bis Ende 2010 abgeschlossen sein.

4. Hallenbad Gelnhausen - künftige Rechtsform

Hierzu liegt eine Tischvorlage „Austritt MKK“ vor.

Bürgermeister Stolz erläutert beide Vorlagen. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Vetter, Rein, Pitz, Bürgermeister Stolz, Rode, Lehnert, Bürgermeister Stolz, Delhey, Pitz und Lehnert (stellt Antrag zur Geschäftsordnung, die Tischvorlage als Änderungsantrag zu betrachten).

Die Sitzung wird für eine kurze Pause von ca. 20:43 Uhr bis ca. 20:48 Uhr unterbrochen.

Die Abstimmung über die Tischvorlage ergibt folgendes Ergebnis:

27	Ja-Stimmen
6	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Beschluss:

Dem vorzeitigen Austritt des Main-Kinzig-Kreises aus dem Zweckverband Hallenschwimmbad Mittleres Kinzigtal zum 31.12.2010 wird zugestimmt. Der Kreis zahlt für die vorzeitige Entlassung aus der Mitgliedschaft einen Betrag von 1,5 Mio. Euro an den Zweckverband.

Die Abstimmung über die Vorlage ergibt folgendes Ergebnis:

32	Ja-Stimmen
keine	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Beschluss:

1.) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Übergangsbetrieb des Hallenbades im Rahmen des Zweckverbandes weiterzuführen. Mitgliedskommunen sind Gelnhausen, Gründau und Linsengericht.

2.) Eine Änderung der Rechtsform kann nur im Einvernehmen mit allen Mitgliedskommunen des Zweckverbandes herbeigeführt werden.

3.) Für den Zweckverband soll ein Geschäftsführer / Betriebsleiter eingestellt werden, der mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet wird, um das Bad selbständig führen zu können.

5. Neuaufnahme zweier Darlehen für die Stadt Gelnhausen

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufnahme zweier Darlehen bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen aus dem Hessischen Investitionsfond, Abt. C -Programm 2010- i. H. von 700.000,- € und 250.000,- € für die Stadt Gelnhausen zu folgenden Konditionen:

Zinssatz 3 % bei einer Gesamtlaufzeit von 20 Jahren

Teil III**6. Antrag der Fraktion „Die Linke“****Kostendeckende Benutzungsgebühren für den Schulträger in städtischen Einrichtungen und Beteiligungseinrichtungen**

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen von Bürgermeister Stolz, dem Stadtverordneten Vetter und Bürgermeister Stolz.

Der Antrag der Fraktion „Die Linke“ wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

4	Ja-Stimmen
30	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

7. Anträge der CDU-Fraktion

1) Ausweisung eines Sperrgebietes

Stadtverordnetener Dr. Lupton begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Pitz (mit dem Vorschlag auf Ausweitung der betroffenen Gebiete), Baumann und Dr. Lupton.

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion wird mit den Ergänzungen **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, baldmöglichst und mit höchster Dringlichkeit die Ausweisung eines Sperrgebietes für die Kerngebiete der Stadt Gelnhausen und ihrer Stadtteile zu beantragen, um die Verbreitung von Bordellen und bordellähnlicher Nutzung zu unterbinden.

7. Anträge der CDU-Fraktion

2) Abfallsatzung

Hierzu liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion „Die Linke“ vor.

Stadtverordnetener Rein begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen von Bürgermeister Stolz, den Stadtverordneten Vetter (begründet den Ergänzungsantrag), Günther, Rode (macht den Vorschlag auf Änderung als Prüfauftrag), Pitz (unterstützt den Vorschlag auf Änderung als Prüfauftrag), Herms, Delhey und Rein.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion „Die Linke“ wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

16	Ja-Stimmen
17	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion (Prüfauftrag) wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

32	Ja-Stimmen
keine	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Beschluss:

Der Main-Kinzig-Kreis senkt ab dem 1. Juli 2010 seine Entsorgungsgebühren für Bio- und Pflanzenmüll. Die Verwaltung und der Magistrat der Stadt Gelnhausen werden beauftragt **zu prüfen**, eine neue Abfallsatzung zu erstellen, die die Kostensenkungen an den Bürger weitergibt.

7. Anträge der CDU-Fraktion

3) Interkommunale Zusammenarbeit

Stadtverordneter Rein begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Pitz (schlägt Textänderungen vor) und Günther.

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

34	Ja-Stimmen
keine	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Gelnhausen wird aufgefordert, binnen drei Monaten einen schriftlichen Zwischenbericht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit der Barbarossastadt Gelnhausen vorzulegen. Im Bericht sind auch Potenziale und mögliche weitere Schritte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit aufzuzeigen.

7. Anträge der CDU-Fraktion

4) Musikalische Früherziehung im Kindergarten

Hierzu liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion „Die Linke“ vor.

Stadtverordnete Viel begründet den Antrag und ergänzt ihn um Gebührenbefreiung (Kindergartenkinder die bereits Gebührenermäßigung oder Gebührenbefreiung bezüglich der allgemeinen Befreiung geltend machen können, sollen diese auch für das Projekt „Musikalische Früherziehung“ eingeräumt bekommen). Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Voigt (begründet den Ergänzungsantrag), Herms, Baumann, Dorn (stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss), Günther, Voigt, Dreßbach, Weigand, Viel und Bürgermeister Stolz.

Die Sitzung wird für eine kurze Pause von ca. 22:23 Uhr bis ca. 22:29 Uhr unterbrochen.

Bürgermeister Stolz macht einen Vorschlag, die beiden Anträge zusammen zu fassen und mit dem Zusatz der Beteiligung zu ergänzen. Stadtverordneter Pitz zieht den Änderungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss zurück. Es folgt eine Wortmeldung der Stadtverordneten Viel.

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion wird zusammen mit dem Antrag der Fraktion „Die Linke“ und mit den Ergänzungen **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig, bei einer Stimmenthaltung -

Beschluss:

Wir bitten den Magistrat zu prüfen, in Kooperation mit geeigneten Trägern ein Projekt für die „musikalische Früherziehung“ an den Gelnhäuser Kindergärten als Ergänzungsangebot einzurichten unter der Beteiligung von Mitgliedern des Gesamtelternbeirates, den Erzieherinnen (Leiterinnen) sowie der Fachabteilung der Verwaltung. Es ist dabei sicher zu stellen, dass Kindergartenkinder, die Gebührenermäßigung oder Gebührenbefreiung bezüglich der allgemeinen Gebühren geltend machen können, auch entsprechende Ermäßigungen bzw. Befreiungen für das Projekt „musikalische Früherziehung“ eingeräumt bekommen.

Stadtverordneter Rein stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag 7.5 „Kommunalwahl“ aus Termingründen noch zu behandeln, auch wenn die Sitzung wegen Zeitablauf eigentlich beendet werden müsste.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

18	Ja-Stimmen
17	Nein-Stimmen
keine	Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag 7.5 „Kommunalwahl“ wird noch behandelt.

7. Anträge der CDU-Fraktion

5) Kommunalwahl

Stadtverordneter Rein begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Schäfer, Herms, Pitz, Rode (macht den Vorschlag den Antrag zu ändern, sodass nur der Beruf verbleibt) und Dr. Lehnert.

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

24	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
keine	Enthaltung

Beschluss:

Die Stimmzettel zur Hessischen Kommunalwahl 2011 werden gemäß der Novelle des Hessischen Kommunalwahlgesetzes vom 24. März 2010 um folgende Daten ergänzt:
den Beruf

8. Mitteilungen und Anfragen

Stadtverordnetenvorsteherin Viel erklärt, dass der letzte Tagesordnungspunkt künftig nur noch „Mitteilungen“ heißen wird, da gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung *andere Anfragen schriftlich bei dem/der Vorsteher(in) einzureichen sind. Sie sind schriftlich gegenüber dem Anfragenden zu beantworten. Die Anfrage, sowie das Antwortschreiben erhalten alle Fraktionen zur Kenntnis. Eine Verlesung der Anfrage und Antwort in der Stadtverordnetenversammlung unterbleibt.*

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden in die nächste Sitzung vertagt:

- 7. Anträge der CDU-Fraktion
 - 6) Kommunale Kriminalitätsprävention
 - 7) Gelnhäuser Einkaufsmeile
 - 8) Anfragen

Ende der Sitzung: ca. 22:49 Uhr

Gelnhausen, 1. Juli 2010

Doris Maria Viel
Stadtverordnetenvorsteherin

Dagmar Petersein
Schriftführerin